

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i>	V
<i>Verzeichnis der Muster</i>	XVII
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIX

Teil 1	
Vorbemerkung	1

Teil 2	
Allgemeines	
I. Hauptverhandlung mit und ohne Verständigung – zwei Arten des Prozesses	4
II. Der Ablauf der Hauptverhandlung und ihre Stellung im Strafverfahren	5
III. Wesentliche Verfahrensgrundsätze in der Hauptverhandlung	7
1. Öffentlichkeitsgrundsatz	7
2. Mündlichkeitsgrundsatz	9
3. Unmittelbarkeitsgrundsatz	10
IV. Die Stellung des Verteidigers und sein Verhältnis zu den Prozessbeteiligten	11
1. Rechtsstellung des Verteidigers	11
2. Verhältnis zu Staatsanwaltschaft und Gericht	12
3. Verhältnis zum Angeklagten	14
4. Verhältnis zu Verteidigerkollegen, gemeinsame Verteidigung ...	15
V. Verteidigungsziele – Strategie und Taktik in der Hauptverhandlung .	18
1. Verteidigungsziele	18
2. Verteidigungsstrategie	19
3. Verteidigungstaktik	20

Teil 3	
Beginn der Hauptverhandlung	
I. Verhinderung des Verteidigers	22
II. Verspätung des Verteidigers	25
III. Einlasskontrollen	26
IV. Sitzordnung	26
V. Fesselung des in Haft befindlichen Angeklagten	28
VI. Probleme mit der Amtstracht des Verteidigers	30
VII. Einwendungen gegen das Verfahren insgesamt	31

VIII. Zuständigkeitsrügen	33
1. Allgemeines	33
2. Rüge der sachlichen Zuständigkeit	33
3. Rüge der örtlichen Zuständigkeit	34
4. Rüge der funktionellen Zuständigkeit	35
5. Taktische Überlegungen	36
IX. Besetzungsrügen	36
1. Allgemeines	36
2. Besetzungsmitteilung	36
3. Unterbrechungsantrag zur Überprüfung der Besetzung	37
4. Überprüfung der Besetzung	39
a) Berufsrichter	39
b) Schöffen	41
5. Form der Besetzungsrüge	43
X. Ablehnungsanträge	45
1. Ablehnung eines Richters	45
a) Vorüberlegungen des Verteidigers	45
b) Ablehnungsgründe	47
aa) Ablehnung bei gesetzlichem Ausschluss	47
bb) Besorgnis der Befangenheit	48
(1) Allgemeines	48
(2) Konkrete Befangenheitsgründe	50
c) Ablehnungsberechtigte	53
d) Zeitpunkt der Ablehnung	53
e) Ablehnungsverfahren	54
f) Unaufschiebbare Amtshandlungen	58
g) Weiteres Verfahren bei begründetem Antrag	59
2. Ablehnung von Schöffen und Urkundsbeamten	59
3. Ablehnung von Sachverständigen und Dolmetschern	60
4. Ablehnung des Staatsanwalts	60
XI. Aussetzungsanträge	62
1. Aussetzung und Unterbrechung der Hauptverhandlung	62
2. Aussetzung wegen verspäteter Ladung	64
3. Aussetzung wegen verspäteter oder unvollständiger Akteneinsicht	66
4. Aussetzung zur Einziehung von Erkundigungen	68
5. Aussetzung wegen veränderter Rechtslage	69
6. Aussetzung wegen veränderter Sachlage	71
XII. Anregungen zur Verfahrenseinstellung	73
XIII. Sonstige Anträge bei Verhandlungsbeginn	75
1. Antrag auf Beiordnung als Pflichtverteidiger	75
a) Voraussetzungen der notwendigen Verteidigung	75
b) Auswahl des Verteidigers	79

c) Zeitpunkt des Beordnungsantrags	81
d) Form des Antrags	82
e) Verhalten des Verteidigers bei Ablehnung oder Widerruf der Beordnung	83
2. Antrag auf Entpflichtung als beigeordneter Verteidiger	84
3. Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit	86
4. Antrag auf Zulassung von Tonaufnahmen	89
5. Antrag auf Zulassung einer Hilfskraft	91
6. Antrag auf Nichtverlesung des Anklagesatzes	92
XIV. „Opening statement“	94

Teil 4

Der Angeklagte in der Hauptverhandlung

I. Vorbereitung des Mandanten durch den Verteidiger	97
II. Anwesenheitspflicht des Angeklagten	99
1. Grundsätzliche Anwesenheitspflicht, Entfernungsverbot	99
2. Ausnahmen von der Anwesenheitspflicht	100
a) § 231 Abs. 2 (Eigenmächtige Entfernung)	101
b) § 231a (Herbeigeführte Verhandlungsunfähigkeit)	101
c) § 231b (Entfernung wegen ordnungswidrigen Benehmens) ..	102
d) § 231c (Beurlaubung)	102
e) § 232 (Ausbleiben trotz ordnungsgemäßer Ladung)	103
f) § 233 (Entbindung vom Erscheinen)	104
g) § 247 (Vorübergehende Ausschließung)	104
III. Anwesenheitsrecht des Angeklagten	108
IV. Äußerungen des Angeklagten	109
1. Vernehmung zur Person	109
2. Vernehmung zur Sache	110
a) Schweigen	110
b) Schriftliche Äußerungen des Angeklagten	112
c) Einlassung durch Zustimmung zur schriftlichen Verteidigererklärung	112
d) Inhalt der Sacheinlassung des Angeklagten	115
e) Geständnis des Angeklagten	117
f) Sacheinlassung mit dem letzten Wort	120
V. Erklärungen des Angeklagten nach § 257 Abs. 1	121
VI. Einführung und Verwertung früherer Angaben des Angeklagten in der Hauptverhandlung	122
1. Aufgaben des Verteidigers	122
2. Art der Beweiserhebung	122
3. Beweisverbote hinsichtlich früherer Angaben	123
4. Widerspruch des Verteidigers	125

VII. Exkurs: Der ausländische Angeklagte in der Hauptverhandlung	126
1. Allgemeines	126
2. Verständigung mit dem Angeklagten	127
a) Anspruch auf Zuziehung eines Dolmetschers	127
b) Auswahl des Dolmetschers	128
c) Art und Umfang der Übersetzung und deren Kontrolle durch den Verteidiger	129
d) Ablehnung des Dolmetschers	130
3. Anspruch des ausländischen Angeklagten auf Beiordnung eines Pflichtverteidigers	131

Teil 5

Die strafprozessuale Verständigung

I. Vom „Deal“ bis zum „Gesetz zur Verständigung im Strafverfahren“	132
II. Die Verständigung in der Struktur der Strafprozessordnung	135
III. Der Inhalt der gesetzlichen Regelung	137
1. Ziele des Gesetzes	137
2. „Geeignete Fälle“	138
3. Der Gang des Verständigungsverfahrens	138
a) Vor der Hauptverhandlung	138
b) Die Verständigung „in“ der Hauptverhandlung – Theorie und Praxis	139
4. Der Gegenstand der Verständigung	142
a) Überblick	142
b) Zulässiger Inhalt	142
c) Unzulässiger Inhalt	142
d) Das Geständnis	143
5. Unwirksamkeit des Rechtsmittelverzichts	145
6. Die Bindungswirkung der Verständigung und deren Wegfall	146
a) Die Voraussetzungen des Wegfalls der Bindungswirkung . . .	146
b) Die Folgen des Wegfalls der Bindungswirkung	147
c) Kontrollmöglichkeiten der Verteidigung hinsichtlich der Bindung des Gerichts	148
7. Belehrung des Angeklagten	149
8. Protokollierung	149
IV. Der Verteidiger im Verständigungsverfahren	149
1. Die Beratung des Mandanten	149
2. Die Berücksichtigung psychologischer Faktoren	151
3. Taktische Erwägungen	152

Teil 6

Beweisaufnahme

I. Begriff und Gegenstand der Beweisaufnahme	154
II. Gerichtliche Beweiserhebungs- und Aufklärungspflicht	156
III. Beweisverbote	159
1. Allgemeines	159
2. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote	160
3. Praxisrelevante Einzelfälle	161
a) Private Aufzeichnungen des Angeklagten	161
b) Verteidigungsunterlagen des Angeklagten	162
c) Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (§ 201 StGB)	162
d) Überwachung des Verteidigertelefons	163
e) Schweigen des Angeklagten oder Zeugen	163
f) Äußerungen des Angeklagten in der Untersuchungshaft	163
g) Verbotene Vernehmungsmethoden	163
h) Verletzung von Benachrichtigungspflichten	164
i) Verletzung des Rechts auf Verteidigerkonsultation	164
j) Rechtswidrige prozessuale Maßnahmen	165
IV. Die sogenannte Widerspruchslösung der Rechtsprechung	166
1. Die Widerspruchslösung als Präklusionsregel	166
2. Kritik an der Widerspruchslösung	166
3. Einzelprobleme	167
4. Konsequenzen für die Verteidigung	169
V. Beweisanztragsrecht	170
1. Vorüberlegungen des Verteidigers	170
2. Inhalt des Beweisanztrags	173
a) Beweistatsache	173
b) Beweismittel	174
c) Konnexitätserfordernis	175
3. Form des Beweisanztrags	176
4. Zeitpunkt der Antragstellung	178
a) Prozessuales	178
b) Taktische Überlegungen	178
5. Beweisanztragsmuster	180
6. Bedingter Beweisanztrag, Hilfsbeweisanztrag	182
7. Beweismittlungsanztrag, Beweisanzregung	185
8. Ablehnungsbeschluss: Form, Inhalt und Zeitpunkt der Entscheidung	186
9. Ablehnungsgründe	187
a) Unzulässigkeit der Beweiserhebung	188
b) Offenkundigkeit der Beweistatsache	188
c) Bedeutungslosigkeit der Beweistatsache	189
d) Erwiesensein der Beweistatsache	190

e) Völlige Ungeeignetheit des Beweismittels	190
f) Unerreichbares Beweismittel	191
g) Verschleppungsabsicht	192
h) Wahrunterstellung	194
i) Ablehnung des Beweisantrags auf Vernehmung eines Sachverständigen	196
j) Ablehnung des Beweisantrages auf Einnahme eines Augenscheins	198
k) Ablehnung des Beweisantrags auf Vernehmung von Auslandszeugen	199
10. Sonderregelungen bei präsenten Beweismitteln	200
VI. Beweiserhebung in der Hauptverhandlung	201
1. Zeugenvernehmung	201
a) Begriff und Bedeutung des Zeugen im Strafprozess	201
b) Gegenstand des Zeugenbeweises	205
c) Vernehmung des Zeugen	205
aa) Befragung zu den persönlichen Verhältnissen und zum Wohnort	205
bb) Befragung zur Sache	207
d) Zeugenbefragung durch den Verteidiger, Vernehmungstechnik und -taktik	211
aa) Recht der Verteidigung auf ungestörte Zeugenbefragung	211
bb) Vorbereitung der Befragung	211
cc) Zeitpunkt der Befragung	212
dd) Allgemeine Hinweise zu Art und Umfang der Befragung	212
ee) Vernehmungstaktische Fragen	213
e) Audiovisuelle Zeugenvernehmung gemäß § 247a	215
aa) Bedeutung und Zweck der Vorschrift	215
bb) Zulässigkeitsvoraussetzungen	216
cc) Aufzeichnung der Aussage	217
dd) Subsidiaritätsgrundsatz	217
ee) Ort der Vernehmung	218
ff) Ausgestaltung der Vernehmung	219
gg) Unanfechtbarkeit der Anordnung	219
f) Zeugnis- und Auskunftsverweigerungsrechte	220
aa) Relevanz für die Verteidigung	220
bb) Zeugnisverweigerungsrecht aus persönlichen Gründen (§ 52)	220
cc) Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen (§§ 53, 53a)	222

dd)	Zeugnisverweigerungsrecht für Richter und Beamte (§ 54)	222
ee)	Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 55	223
ff)	Verwertungsprobleme, Revision	224
g)	V-Leute und Verdeckte Ermittler	225
aa)	V-Mann-Einsatz nach geltendem Recht	225
bb)	Einsatz Verdeckter Ermittler nach § 110a	227
cc)	Aufgaben des Verteidigers	229
h)	Verhörspersonen als Zeugen	232
i)	Vernehmung des Polizeibeamten	233
j)	Vereidigung und Entlassung des Zeugen	235
k)	Würdigung der Zeugenaussage	238
2.	Sachverständigenvernehmung	240
a)	Begriff und Aufgaben des Sachverständigen	240
b)	Gegenstand des Sachverständigenbeweises	240
c)	Aufgaben und Möglichkeiten des Verteidigers	242
d)	Vereidigung des Sachverständigen	244
e)	Ablehnung des Sachverständigen	245
3.	Urkundenbeweis	247
a)	Begriff des Urkundenbeweises	247
b)	Form des Urkundenbeweises	247
aa)	Verlesung	247
bb)	Selbstleseverfahren	247
c)	Zulässigkeit des Urkundenbeweises	248
aa)	Grundsatz der umfassenden Zulässigkeit	248
bb)	Grenzen der Zulässigkeit	248
cc)	Ersetzungsverbot des § 250	249
dd)	Ausnahmen vom Ersetzungsverbot	249
d)	Aufgaben des Verteidigers	250
4.	Vorführung einer Videoaufzeichnung gemäß § 255a	252
a)	Bedeutung und Zweck	252
b)	Voraussetzungen der Vorführung	253
aa)	Allgemeine Verwendung gemäß § 255a Abs. 1	253
bb)	Vorführung bei Vernehmung von Zeugen unter 18 Jahren gemäß § 255a Abs. 2	253
c)	Ergänzende Vernehmung des Zeugen	255
d)	Verfahren	255
5.	Augenscheinsbeweis	255
a)	Begriff des Augenscheins	255
b)	Aufgaben des Verteidigers	256
6.	Gegenüberstellung und andere Identifizierungsmaßnahmen	257
a)	Rechtsgrundlagen	257

b) Grundsätze der Gegenüberstellung und Beweiswert der Identifizierung	259
c) Besonderheiten der Gegenüberstellung in der Hauptverhandlung	260
d) Aufgaben des Verteidigers	261

Teil 7

Hauptverhandlungsprotokoll – Möglichkeiten der Sachverhaltsfestschreibung in der Hauptverhandlung

I. Hauptverhandlungsprotokoll	263
1. Prozessuale Bedeutung	263
2. Inhalt des Protokolls	263
3. Beweiskraft des Protokolls	265
4. Protokollberichtigung, Rügeverkümmern	266
II. Sachverhaltsfestschreibung in der Hauptverhandlung	267
1. Zweck der Sachverhaltsfestschreibung	267
2. Mittel der Sachverhaltsfestschreibung	268
a) Wörtliche Protokollierung gemäß § 273 Abs. 3	268
b) „Affirmative“ Beweisangebote	269
c) Einlassung des Angeklagten	269
d) Sonstige Erklärungen und Anträge	269

Teil 8

Plädoyer des Verteidigers

I. Prozessuale Fragen	270
II. Möglichkeiten und Grenzen des Schlussvortrags	272
III. Vorbereitung des Schlussvortrages während der Hauptverhandlung ..	274
IV. Inhaltliche Gestaltung des Plädoyers	275
1. Aufbau des Verteidigerplädoyers	275
2. Rolle der Rhetorik im Schlussvortrag	277
3. Visualisierung des Inhalts	279
4. Einzelfragen	279

Teil 9

Das letzte Wort des Angeklagten

I. Prozessuale Fragen	282
II. Das letzte Wort – Falle oder Verteidigungswaffe?	283
III. Vorbereitung des letzten Wortes	284

Teil 10

Aufgaben des Verteidigers nach dem Schlussvortrag

I.	Vor der Urteilsverkündung	286
II.	Während der Urteilsverkündung	288
III.	Nach der Urteilsverkündung	289

Teil 11

Die Hauptverhandlung im Berufungsverfahren

I.	Vorüberlegungen	291
II.	Das Rechtsmittel der Berufung im Überblick	293
	1. Die Zulässigkeit der Berufung	293
	2. Das Verschlechterungsverbot und seine Grenzen	295
	3. Die Berufungseinlegung	296
	4. Die Beschränkung der Berufung	297
	5. Die Zuständigkeit des Berufungsgerichts	299
	6. Die Berufungsfrist	299
	7. Die Berufungsbegründung	300
	8. Die Berufungsrücknahme	300
	a) Zulässigkeit	300
	b) Wechselseitige Rücknahme durch Verteidigung und Staatsanwaltschaft	300
	c) Wirkung der Rücknahme und der Zustimmung	301
III.	Die Vorbereitung der Berufungshauptverhandlung	302
	1. Kenntnis des Prozessstoffes	302
	2. Taktik und Strategie in der Berufung	302
	3. Anträge auf wiederholte Vorladung von Zeugen oder Sachverständigen	304
IV.	Die Durchführung der Hauptverhandlung	305
	1. Grundsatz der Neuverhandlung	305
	2. Verwerfungsurteil bei Ausbleiben des Angeklagten	305
	a) Grundsätzliches	305
	b) Voraussetzungen für die Verwerfung der Berufung des Angeklagten	306
	aa) Zulässigkeit der Berufung	306
	bb) Ordnungsgemäße Ladung des Angeklagten	306
	cc) Ordnungsgemäße Bestellung und Ladung des Verteidigers	306
	dd) Das Ausbleiben des Angeklagten	306
	ee) Die fehlende Entschuldigung	307
	c) Das Verhalten des Verteidigers bei Ausbleiben des Angeklagten	308
	3. Der Gang der Verhandlung	309

4. Richterausschluss und Befangenheit	310
5. Vernehmung des Angeklagten und Beweisaufnahme	311
6. Plädoyer des Verteidigers	312
7. Das letzte Wort des Angeklagten	313
<i>Literaturverzeichnis</i>	314
<i>Stichwortverzeichnis</i>	337